

Inhalt

I. Rückforderung überzahlter Besoldung (<i>Markus Pferinger</i>)	1
I. Problemaufriss	1
II. Verweisung auf §§ 818 ff. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	2
1. Entreicherung nach § 818 Abs. 3 BGB	2
2. Offensichtlichkeit des Mangels	3
3. Absehen von der Rückforderung aus Billigkeitsgründen	3
4. Verjährung und Verwirkung des Rückforderungsanspruchs	3
III. Zusammenfassung	4
II. Neues auf Rehmnetz	4
III. Beamten-Blog	4

Markus Pferinger

*Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter für Öffentliches Recht
an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft, Ansbach*

1. Rückforderung überzahlter Besoldung

Der folgende Beitrag befasst sich mit der Problematik der Rückforderung überzahlter Besoldung. Die Thematik wird anhand der Grundsatzentscheidung des **Bundesverwaltungsgerichts** vom 10.10.1961 (Az: VI C 25.60) und unter Bezugnahme auf aktuelle Entscheidungen des **Verwaltungsgerichts Ansbach** vom 27.7.2011 (Az: AN 11 K 11.01032) und vom 21.6.2006 (Az: AN 15 K 04.00414) veranschaulicht. Zur Erläuterung einzelner Aspekte betreffend die Rückforderung überzahlter Besoldung werden darüber hinaus noch die Urteile des Verwaltungsgerichts Bayreuth vom 21.11.2008 (Az: B 5 K 08.820) und des Verwaltungsgerichts Osnabrück vom 22.4.2002 (Az: 3 A 36/00) herangezogen.

I. Problemaufriss

Häufiger als vermutet kommt es immer wieder vor, dass bei der Berechnung oder Auszahlung von Bezügen Fehler gemacht werden und der Beamte nicht die ihm zustehende Besoldung erhält. Genauso wie es passieren kann, dass dem Beamten zu niedrige Bezüge ausgezahlt werden, ist es wahrscheinlich, dass eine Überzahlung von Bezügen erfolgt.

Die häufigsten Fehlerquellen sind **statusrechtliche Veränderungen** des Beamten, wie z.B. die Eingruppierung in einer höheren Besoldungs-

gruppe oder auch bei der Gewährung von Zulagen.

Dem Grundsatz einer ordnungsgemäßen Alimentation folgend, hat der Dienstherr regelmäßig das Recht und die Pflicht, überzahlte Bezüge zurückzufordern. Sowohl auf Landes- als auch als Bundesebene haben die Gesetzgeber hierfür entsprechende Anspruchsgrundlagen geschaffen.

Zurecht stellt sich der betroffene Beamte in einem derartigen Falle die Frage, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang eine tatsächliche Überzahlung zurückgeführt werden muss.

II. Verweisung auf §§ 818 ff. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Regelmäßig wird in den Rückforderungstatbeständen auf die Vorschriften des **Bereicherungsrechts** des Bürgerlichen Gesetzbuchs verwiesen.

So heißt es beispielhaft in Art. 15 Bayerisches Besoldungsgesetz (BayBesG):

„(1) ...

(2) ¹Die Rückforderung zu viel gezahlter Besoldung regelt sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung, soweit gesetzlich nicht anderes bestimmt ist.² Der Kenntnis des Mangels des rechtlichen Grundes der Zahlung steht es gleich, wenn der Mangel so offensichtlich war, dass der Empfänger oder die Empfängerin ihn hätte erkennen müssen.³ Von der Rückforderung kann aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise abgesehen werden.

...“

Die verschiedenen einschlägigen beamtenrechtlichen Rückforderungstatbestände sind nahezu wort-, zumindest inhaltsgleich. Bei dem Verweis auf die Vorschriften des Bereicherungsrechts handelt es sich um eine **Rechtsfolgenverweisung**.

1. Entreicherung nach § 818 Abs. 3 BGB

Neben den Tatbestandsvoraussetzungen der jeweiligen Rückforderungsnorm ist daher der Einwand der Entreicherung nach § 818 Abs. 3 BGB von besonderer Bedeutung.

Produktipp

Kathke/Speckbacher
Beamtenrecht
Checklisten, Muster



Loseblattwerk im Ordner
€ 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 449,95 ohne Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-5870-9

[\[mehr Info\]](#)

Das Werk bietet fundierte Einblicke ins Beamtenrecht und ist Ratgeber für rechtliche Maßnahmen. Durch Checklisten können Sie die Voraussetzungen einer Entscheidung prüfen – ohne einen Schritt zu vergessen. Zahlreiche Muster helfen bei der Umsetzung.

Nach dieser Vorschrift entfällt die Verpflichtung zur Herausgabe des Erlangten, soweit der Empfänger nicht mehr bereichert ist.

Ist das Erlangte weitergegeben oder verbraucht worden, so besteht eine Bereicherung nur fort, soweit der Empfänger sich damit noch vorhandene Vermögensvorteile geschaffen hat, z. B. anderweitig Ersparnisse oder Anschaffungen angehäuft oder eigene Schulden getilgt hat. Um dies festzustellen, ist es regelmäßig erforderlich, den **Vermögensstand** des Empfängers beim Empfang der Leistungen und im Zeitpunkt der Rückforderung miteinander zu vergleichen.

Ein höherer Saldo zum Zeitpunkt der Rückforderung verglichen mit dem Vermögensstand beim Empfang der Leistungen wäre dann auszugleichen bzw. zurückzuzahlen.

Insbesondere in Fällen wiederkehrender Leistungen und niedrigen monatlichen Überzahlungen ist es in der Praxis **meist schwierig**, die Vermögensstände zu ermitteln und zu vergleichen.

Daher geht das Bundesverwaltungsgericht in bislang ständiger Rechtsprechung von dem allgemeinen Erfahrungssatz aus, dass Beamte ihre Bezüge regelmäßig zur Bestreitung des **standesgemäßen Unterhalts** für sich und ihre Familien verwenden und daher auch bei einer Überzahlung eine Bereicherung nicht mehr gegeben ist.

Dies wird zumindest bei Überzahlungen in Höhe von **bis zu 10%** regelmäßig angenommen. Angelehnt an diese Rechtsprechung hat das **Verwaltungsgericht Ansbach** in seinem Urteil vom **21.6.2006** (Az: AN 15 K 04.00414) wie folgt ausgeführt:

„Da nach der allgemeinen Lebenserfahrung die Lebenshaltung der Beamten sich in der Regel nach dem ihnen zur Verfügung stehenden Gehalt richtet und infolge dessen mit der Erhöhung des Gehalts auch die Ausgaben steigen – vor allem bei den Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen – hat es nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts seinen wohl überlegten Sinn, wenn bei geringfügigen Überzahlungen, die nicht mehr als 10 % der an sich zustehenden Bezüge betragen, ein offenkundiger Wegfall der Bereicherung unterstellt wird ...“

Das Verwaltungsgericht Ansbach bezieht sich auf das bereits am 10.10.1961 ergangene Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (Az: VI C 25.60). Ähnlich hat sich in diesem Zusammenhang das Verwaltungsgericht Bayreuth im Urteil vom 21.11.2008 (Az: B 5 K 08.820) geäußert.

Mit der dargestellten „10 %-Grenze“ hat die Rechtsprechung lediglich eine Vermutungsregel für die Entreicherung aufgestellt. Es kommt daher nach wie vor auf die Umstände des Einzelfalls an, ob eine Entreicherung tatsächlich vorliegt. Zudem ist zu beachten, dass die jeweiligen Gerichte stets betont haben, diese Grenze bei „unteren und mittleren“ Besoldungsgruppen anzuwenden.

2. Offensichtlichkeit des Mangels

Unter dem Gesichtspunkt der Treuwidrigkeit versteht es sich nahezu von selbst, dass dem Empfänger der Leistungen der Einwand der Entreicherung verwehrt ist, wenn ihm der Mangel des rechtlichen Grundes der Zahlung **bekannt** war. Explizit ist dies in § 819 Abs. 1 BGB normiert.

In Erweiterung dieser Vorschrift haben viele Gesetzgeber eine Vorschrift dahingehend erlassen, dass es der Kenntnis des Mangels des rechtlichen Grundes gleichsteht, wenn der Mangel so **offensichtlich** war, dass der Empfänger ihn hätte erkennen müssen.

Der Gesetzgeber bürdet hiermit dem Beamten eine **erhöhte Überprüfungs- und Sorgfaltspflicht** hinsichtlich der Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Bezüge auf. Der Dienstherr kann sich jedoch mit dieser Vorschrift und häufig in den Bezugemittelungen zu findenden Hinweisen auf die erhöhte Überprüfungs- und Sorgfaltspflicht nicht seiner eigenen Pflicht zur ordnungsgemäßen Alimentation entziehen. Daher kann „Offensichtlichkeit“ in diesem Zusammenhang nur bedeuten, dass dem Empfänger bereits beim ersten Blick

auf die Gehaltsabrechnung klar sein muss, dass hier eine Überzahlung vorliegt. Vom Beamten sind regelmäßig zumindest die Besoldungsgruppe und etwaig gewährte Zuschläge zu überprüfen.

3. Absehen von der Rückforderung aus Billigkeitsgründen

Im Wege einer **Ermessensvorschrift** wird dem Dienstherrn die Möglichkeit eingeräumt, von einer (vollständigen) Rückforderung der Überzahlung aus Billigkeitsgründen abzusehen.

Der zuständigen Behörde ist diesbezüglich ein weiter Ermessensspielraum eingeräumt. So hält es die Rechtsprechung für ermessensfehlerfrei, wenn dem Empfänger zur Rückführung Ratenzahlungen angeboten werden, so das **Verwaltungsgericht Ansbach** im Urteil vom **27.7.2011** (Az: AN 11 K 11.01032, Textziffer 28).

Dass auf die Rückforderung – auch in Teilen – verzichtet wird, stellt sicherlich den seltenen **Ausnahmefall** dar, da der Dienstherr an Recht und Gesetz gebunden ist und ihm die Pflicht zur sparsamen Haushaltsführung ebenso obliegt.

4. Verjährung und Verwirkung des Rückforderungsanspruchs

Die Verjährung des Rückforderungsanspruchs richtet sich nach den §§ 194 ff. BGB.

Die Verjährungsfrist beträgt demnach **drei Jahre** und beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem der Rückforderungsanspruch entstanden ist und der Dienstherr von den anspruchsbegründenden Umständen und der Person des Beamten **Kenntnis** erlangt oder ohne Fahrlässigkeit hätte erlangen müssen. Die Höchstfrist für die Verjährung des Rückforderungsanspruchs beträgt zehn Jahre, § 199 Abs. 4 BGB.

Von der Verjährung ist die **Einrede der Verwirkung** zu unterscheiden. Verwirkung meint, dass es dem Rückforderungsgläubiger, also dem Dienstherrn, nicht mehr erlaubt ist, den überzahlten Betrag zurückzufordern, da der Rückforderungsschuldner, also der Beamte, darauf **vertrauen** konnte und durfte, dass der Rückforderungsanspruch nicht mehr geltend gemacht wird. Neben dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes ist erforderlich, dass die Rückforderung über einen

Infotipp

Blog auf Rehmnetz



Von und mit Dr. Maximilian **Baßlsperger**, Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht [\[Zum Blog\]](#)

längeren Zeitraum auch nicht geltend gemacht wurde. Zeitraum und Vertrauensbildung stehen in einer Wechselwirkung zueinander. Je mehr Vertrauen beim Beamten erweckt wurde, desto weniger bedeutend wird die zeitliche Komponente der Verwirkung.

III. Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Gesetzgeber die Anforderungen für die **Abwehr eines Rückforderungsanspruchs** des Dienstherrn gegenüber dem Beamten sehr hoch gesetzt hat. Das für den Beamten wohl stärkste Argument dürfte die Einrede der Entreicherung darstellen. Diese Einrede kann jedoch insbesondere aufgrund der in der Rechtsprechung entwickelten 10-%-Grenze nur beschränkt geltend gemacht werden.

Nichtsdestotrotz sollte einer Äußerung des Beamten zu einem Rückzahlungsverlangen des Dienstherrn eine **rechtliche Überprüfung** der Zulässigkeit der Rückforderung im Einzelfall vorausgehen.

Markus Pferinger
Rechtsanwalt

II. Neues auf Rehmnetz

- **Gesetzgebung:** [Niedersachsen: Kabinett beschließt neue Beihilfeverordnung](#)
- **Fachbeiträge:** [Zusammenfassung der Besoldungsrunde 2011/2012](#)
- **News:** [Rechner zur Familienpflegezeit](#)

III. Beamten-Blog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

- [Erotische E-mail als Dienstunfall](#)
- [Minderjährige Beamte](#)
- [Der öffentliche Dienst der Zukunft](#)

Produktipp

Schütz †/Maiwald/Brockhaus

Beamtenrecht des Bundes und der Länder



Kommentar

Loseblattwerk in 6 Ordnern
€ 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 449,95 ohne Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-5870-9

[\[mehr Info\]](#)

Dieser umfassende Experten-Kommentar zu den Reformen im Beamtenrecht behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen. Aufgrund seines Aufbaus ist er jedoch auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.



Gesamtausgabe

Loseblattwerk in 15 Ordnern
€ 269,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 629,95 ohne Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-5470-1

[\[mehr Info\]](#)

Alle drei Bausteine in einer Ausgabe: Beamtenrecht, Beamtenversorgungsrecht und Entscheidungssammlung. Auch Fragen des Besoldungs- und Bundespersonalvertretungsrechts werden geklärt und die Kommentierungen durch beamtenrechtliche Vorschriften aus dem Europa-, Bundes- und Landesrecht ergänzt.

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20



Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen



Expl. _____
 Weiß, Niedermaier †, Summer u.a.
Beamtenrecht in Bayern
 Mit beamtenrechtlichen Nebengesetzen und
 Vollzugsvorschriften.
 Praktiker-Kommentar
 Loseblattwerk in 6 Ordnern
 ISBN 978-3-8073-0005-4
 € 219,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 v. Roetteken, Rothländer (Hrsg.),
 Burkholz u.a.
Beamtenstatusgesetz
 Kommentar
 Loseblattwerk in 2 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-0953-4
 € 149,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Baßlspurger (Hrsg.)
Einführung in das neue Beamtenrecht
 Mit den Neuregelungen durch das
 Beamtenstatusgesetz sicher umgehen
 Softcover
 ISBN 978-3-8073-0125-9
 € 39,90



Expl. _____
Internetausgabe
 Mit zusätzlichen Vertiefungen, Arbeitshilfen
 und aktualisiertem Text.
 ISBN 978-3-8073-0128-0
 Halbjahrespreis für 3 Zugriffe: € 24,50

Expl. _____
 Schütz †, Maiwald, Brockhaus u.a.
**Beamtenrecht des Bundes und der
 Länder - Kommentar**
 Loseblattwerk in 6 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-5870-9
 € 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



**Picken Sie sich
 das Beste heraus!**

Wichtige Informationen
 zum Themenkomplex
 Beamtenrecht finden Sie auf
 unserer Homepage!

[\[mehr Info\]](#)

Weitere Bestellmöglichkeiten

Bestellhotline:
0 800 / 21 83-333

Bestellfax:
0 89 / 21 83-76 20

Per E-Mail:
kundenbetreuung@hjr-verlag.de

Per Internet:
www.rehmnnetz.de

Per Post:
Verlagsgruppe
Hühig Jehle Rehm GmbH
81677 München

Weitere Arbeitshilfen



Expl. _____
 Schütz †, Maiwald, Brockhaus u. a.
**Beamtenrecht des Bundes und
 der Länder - Gesamtausgabe**
 dargestellt anhand des BeamtStG,
 des LBG NRW und des BeamtVG,
 einschließlich Vorschriften- und
 Entscheidungssammlung
 Loseblattwerk in 15 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-5470-1
 € 269,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Kathke, Pfeffer, Speckbacher
Beamtenrecht
 Checklisten, Muster
 Loseblattwerk im Ordner
 ISBN 978-3-7685-8360-2
 € 119,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Hier können Sie unser komplettes Titelangebot
 zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

WAN 515178

Einrichtung/Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)*

Telefax (freiwillig)*

E-Mail (freiwillig)*

Ort/Datum

Unterschrift

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

***Datenschutzhinweis:** Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen.
 Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH,
 Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im
 Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt
 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich
 von dem Produkt nicht überzeugt sein, schicke ich es ohne
 weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versie-
 geltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an
 die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

**Aktualisierungsservice für Loseblattwerke
 und Software.**

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres
 Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechts-
 änderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine
 Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist
 jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt
 auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur voll-
 ständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an
 den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die
 Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen
 vorbehalten.

Stand Oktober 2011